

Entwicklung der Sozialpolitik III:

ca. 1940–1980

Gliederung

- ◆ Übersicht: Der solidarische Wohlfahrtsstaat in Großbritannien und Skandinavien
 - ◆ Gemeinsame Elemente
 - ◆ Sozialpolitische Projekte in der politischen Propaganda am Ende des Zweiten Weltkriegs
- ◆ Der nordische Wohlfahrtsstaat
- ◆ Einheitliche soziale Sicherung in Großbritannien
- ◆ Der Sozialstaat in der frühen BRD
(Ein Teil der Literatur grenzt mit dem Begriff des Sozialstaats die stark auf das Versicherungsprinzip gestützte deutsche System vom stärker auf das Versorgungsprinzip gestützten Wohlfahrtsstaat skandinavischer und britischer Prägung ab.)

Gemeinsame Merkmale des Wohlfahrtsstaats in Skandinavien und Großbritannien

- ◆ hoher Staatsanteil der Finanzierung von Sozialversicherungen
 - ◆ 1980 Dänemark 90,2%, Schweden 45,3%, GB 54,8%, europäisches Mittel 40,2%
 - eher Versorgung statt Versicherung
- ◆ Universalität
 - ◆ Einschluss der Landwirtschaft
 - ◆ ausgebauter Familienschutz
- ◆ Staatliche Altersversicherung mit einheitlichem Basissatz
- ◆ Vereinheitlichung der sozialen Sicherung, welche die organisatorische Trennung zwischen Fürsorge, Versicherung und Versorgung weitgehend aufhebt

25.11.2020

ca. 1940–1980

3

(Zur Erinnerung) Typen sozialstaatlicher Maßnahmen zur Einkommenssicherung

	Rechts- anspruch	Bedürftigkeits- Prüfung	Leistungshöhe
Sozialfürsorge	nein	ja	»less eligibility«, d. h. geringer als mini- males Erwerbsein- kommen
Sozialversiche- rung	ja, aufgrund von geleisteten Bei- trägen	nein	soll bisherigen Lebensstandard gewährleisten
Versorgung	ja, gegründet in Bürger(in)status	nein	soll Grundbedürf- nisse abdecken

25.11.2020

ca. 1940–1980

4

Kriegserfahrung und international verankerte Sozialpolitik

- ◆ Die Atlantik-Charta von GB und USA (1941) versprach ...
 - ◆ Wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Ländern mit den Zielen besserer Arbeitsstandards, Wirtschaftswachstum und Sozialversicherung (§5)
 - ◆ »freedom from want and fear« (§6)

- ◆ Der britische Beveridge-Plan (1942) als nicht-totalitäres Konzept des Wohlfahrtsstaats
 - ◆ Betonung des subsidiären Charakters wohlfahrtsstaatlicher Sicherung
 - ◆ Konkretes Aufzeigen eines »Way to freedom from want« → breite internationale Rezeption

- ◆ UNO und Sozialrechte
 - ◆ UNO-Menschenrechtserklärung (1948) enthält Sozialrechte
 - ◆ »Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte« (1966)
 - ◆ UNO-Sozialrechte sind allerdings nicht einklagbar → kein internationales sozialpolitisches Regime!

25.11.2020

ca. 1940–1980

5

Eine Alternative zum totalitären Versorgungsstaat Die drei leitenden Grundsätze der Beveridge-Kommission

[Erster Grundsatz:] Nun, da der Krieg Grenzmarken aller Art zum Verschwinden bringt, ist die Gelegenheit da, Erfahrungen auf freier Bahn auszuwerten. Ein revolutionärer Augenblick in der Weltgeschichte ist eine Zeit für Revolutionen, nicht für Flickarbeiten. Der zweite Grundsatz lautet, dass die Organisation der Sozialversicherung lediglich als Teil einer umfassenden Politik sozialen Fortschritts behandelt werden soll. Vollentwickelt kann die Sozialversicherung Sicherheit des Einkommens gewähren; sie ist ein Angriff auf die Not. Die Not ist jedoch nur einer der fünf Riesen auf dem Weg zum Wiederaufbau, und in mancherlei Hinsicht der am leichtesten anzugreifende. Die anderen sind Krankheit, Unwissenheit, Schmutz und Müßiggang.

Der dritte Grundsatz ist: Soziale Sicherheit muss durch Zusammenarbeit zwischen dem Staat und dem Individuum erlangt werden. Der Staat soll Sicherheit für Leistung und Beitrag bieten. Bei der Organisation der Sicherheit soll der Staat nicht Initiative, Gelegenheit und Verantwortlichkeit ersticken; unter Gewährleistung einer im ganzen Lande gültigen Mindestversorgung soll er es dem Einzelnen überlassen und ihn dazu anspornen, durch freiwillige Handlungen sich und seiner Familie mehr als dieses Minimum zu sichern.

Quelle: William H. Beveridge, *Der Beveridgeplan: Sozialversicherung und verwandte Leistungen* (Zürich: Europa, 1943), S. 11.

25.11.2020

ca. 1940–1980

6

Der nordische Wohlfahrtsstaat

25.11.2020

ca. 1940–1980

7

Der nordische Wohlfahrtsstaat Hintergrund

- ◆ Späte Industrialisierung und große Bedeutung der Landwirtschaft
 - ◆ Anders als insbesondere in Deutschland ging der Ausbau der Einkommenssicherung nicht von abhängiger Erwerbsarbeit aus
 - ◆ Einkommen aus der Landwirtschaft konnte schwer zur Bemessung von Beiträgen herangezogen werden; Gründe:
 - ◆ Hohe Variabilität
 - ◆ Schwere Erfassbarkeit v. a. im Zusammenhang mit Subsistenzlandwirtschaft
- ◆ In Schweden zentralisierter und mit der Gesellschaft integrierter Staat
 - ◆ Unter den Wasa-Königen im 16./17. Jh. ...
 - ◆ Machtgewinn der Krone (u. a. lutherisches Staatskirchentum)
 - ◆ Aufbau einer Zentralverwaltung
 - ◆ Früh großes Gewicht der Stände (Wahlkönigtum) mit Vertretung von Bauern
 - ◆ Folge von Zentralisierung und hoher Integration von Politik, Staat und Gesellschaft: funktionaler, zielorientierter Zugang zu sozialer Sicherung

25.11.2020

ca. 1940–1980

8

Agrarische Ursprünge der Volkspension

◆ Dänemark

- ◆ 1891 Pension für alle ärmere Schichten ab 60 (Lohnarbeiter*innen, Gesinde, Kleinbauern)
 - ◆ nur Leumundsprüfung (d. h. Aufgabe von Bedürftigkeitsprüfung)
 - ◆ Finanzierung v. a. durch indirekte Steuern
- ◆ Hintergrund
 - ◆ großes politisches Gewicht von Großgrundbesitzern und selbständigen Bauern mit exportorientierter Produktion
 - ◆ Angesichts wachsender Getreideexporte der USA in den 1880er Jahren Verschiebung von Getreidebau zu arbeitsintensiverer Viehwirtschaft (insbesondere Milchverarbeitung)
 - Bestrebungen, ländliche Arbeitskräfte vom Abwandern abzuhalten
 - ◆ Alterspension unterstützt dies; die Kosten der Sicherung der Armen wurden von ländlichen Gemeinden zu städtischen Konsument*innen verschoben.
 - ◆ Wegen geringer Löhne und verbreiteter Subsistenzwirtschaft in den Unterschichten kam eine Finanzierung über Beiträge nicht in Frage.

◆ Schweden

- ◆ 1913 bei größerem politischem Gewicht der städtischen Gruppen geringe Volkspension für alle, teilfinanziert durch Beiträge
- ◆ wegen sehr geringer Höhe Ergänzung durch Zahlungen an Bedürftige

25.11.2020

ca. 1940–1980

9

Nordischer Wohlfahrtsstaat und Inklusion Die Ideologie des schwedischen Volksheims

Per Albin Hanssen, bis †1946 charismatischer Führer der SP, in einer Parlamentsrede von 1928:

»In einem guten Heim sind Gleichheit, Rücksicht, Zusammenarbeit und Hilfsbereitschaft die Hauptregeln. Wenn man dies alles auf das Heim einer Nation und eines Bürgers überträgt, dann bedeutet dies das Verschwinden der sozialen Barrieren, die heute die Bürger trennen.«

Kommentar: Die Entwicklung des Sozialstaats erfolgte in Schweden vor dem Hintergrund eines umfassenden Verständnisses von Staatsbürgerlichkeit. Der Anspruch auf Leistungen wurde auf den Bürger(in)status und nicht auf den Arbeitsstatus gegründet. Ziel war der soziale Ausgleich (»Verschwinden der Barrieren«) zwischen in jeder Hinsicht gleichgestellten Bürger*innen.

Quelle: Bernd Henningsen, *Der Wohlfahrtsstaat Schweden* (Baden-Baden: Nomos, 1986), S. 313 f.

25.11.2020

ca. 1940–1980

10

Das »Volkshem« in Schweden I

◆ Politischer Kontext

- ◆ 1932–1976 waren alle Regierungen durch die SP dominiert, z. T. verstärkt v. a. durch Zentrumspartei (Kleinlandwirte)
- ◆ Entstehung des sozialintegrativen, egalitären »Volkshem«-Konzepts den ab späten 1920er Jahren
- ◆ In den 1930er Jahren von Eugenik beeinflusste sozialplanerische Debatten
u. a. Alva und Gunnar Myrdal: Kris i Befolkningsfrågen, 1934
- ◆ 1946 zentrale Maßnahmen zur Einführung eines Wohlfahrtsstaats

◆ Familienpolitik

- ◆ 1948 Kindergeld; in der Folgezeit Bedeutungsrückgang der Familienpolitik
- ◆ Dagegen kontinuierlicher Ausbau von Familiendiensten
Betreuungseinrichtungen; Schulspeisung
- ◆ 1974 Elternschaftsversicherung
→ geringe Relevanz der Ehe für das Zusammenleben; im europäischen Vergleich überdurchschnittliche Fruchtbarkeit

25.11.2020

ca. 1940–1980

11

Das »Volkshem« in Schweden II

◆ Allgemeine Volkspension (AFP)

- ◆ Einführung 1935/38 über schweren politischen Konflikten, aus denen die SP als Siegerin hervorging
 - ◆ Überführung der an Bedürftigkeitsprüfung gebundenen Ergänzungszahlungen an Bedürftige in allgemeine Ergänzungspension für Versicherte mit niedrigem Einkommen
 - ◆ gestaffelt nach regionalen Kaufkraftunterschieden
- ◆ 1946 einheitliche, beitragsunabhängige Pension für alle Alten
 - ◆ Sicherung eines bescheidenen Lebensstandards
 - ◆ Einführung auch von Konservativen befürwortet

◆ Allgemeine Zusatzpension (ATP)

- ◆ auf Initiative der Gewerkschaften nach intensiven Konflikten 1960 eingeführt
- ◆ sicherte ab 1963 bis zu 60% des Einkommens der 15 einkommensstärksten Jahre
- ◆ finanziert durch Lohnsummensteuer

◆ Arbeitslosenversicherung

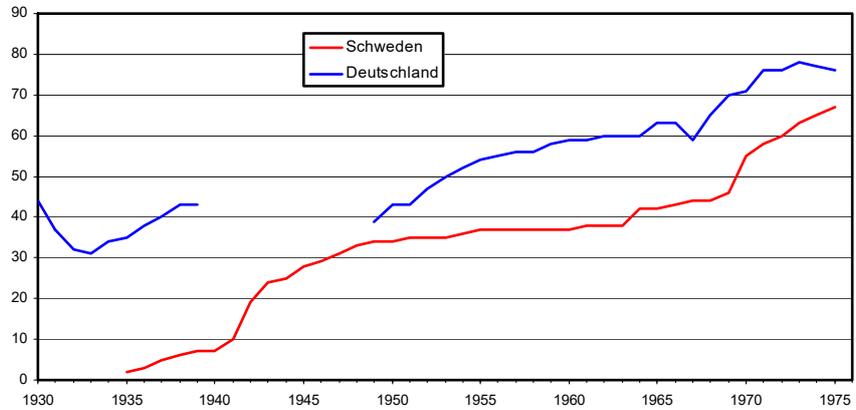
- ◆ Erst 1979 einheitliche Versicherung für gesamte Erwerbsbevölkerung
- ◆ Ab 1934 wachsende staatliche Subventionierung der gewerkschaftlichen Kassen; langsames Wachstum des Erfassungsgrads
- ◆ *Interpretation:* Staatliche Respektierung gewerkschaftlicher Autonomie

25.11.2020

ca. 1940–1980

12

Erfassungsgrad der Arbeitslosenversicherung (Anteil der Beschäftigten in Prozent)



Kommentar: In Schweden bestand bis 1979 keine alle Beschäftigten erfassende Versicherung; ab 1934 subventionierte der Staat in zunehmendem Anteil freiwillige durch die Gewerkschaften betriebene Versicherungen.

Quelle: Peter Flora u.a. (Hg.): State, economy, and society in Western Europe 1815-1975, Bd. 1: The growth of mass democracies and welfare states (Frankfurt am Main: Campus, 1983), S. 501 f., 536 f.

25.11.2020

ca. 1940–1980

13

Einheitliche soziale Sicherung in Großbritannien

25.11.2020

ca. 1940–1980

14

Die Errichtung des *Welfare state* in Großbritannien Kontext

- ◆ Armut als Hauptherausforderung der britischen Sozialpolitik
 - ◆ Die Armutsforschung der 1920er Jahre zeigte, dass sowohl Sozialleistungen als auch z. T. Löhne verbreitet unter dem Armutsstandard lagen
 - große Kategorie von sog. »working poor« (Beschäftigte, deren Lohneinkommen nicht zu einer Lebenshaltung oberhalb der Armutsschwelle ausreicht)
- ◆ Intellektueller Hintergrund
 - ◆ Sozialdemokratische Strömungen unter Intellektuellen (*Fabian movement*)
 - ◆ Aufgeklärte zentralstaatliche Bürokratie
 - ... traten seit Zwischenkriegszeit für Ausweitung der sozialen Sicherung ein
- ◆ Kriegserfahrung
 - ◆ In den frühen 1940er Jahren vor dem Hintergrund der sozialen Umwälzungen des Kriegs Pläne zur Rationalisierung der sozialen Sicherung und zu aktiver Rolle der Sozialpolitik im Wiederaufbau nach dem Krieg
 - ◆ Konkretisierung im Beveridge-Bericht (Ende 1942)

25.11.2020

ca. 1940–1980

15

Hauptmaßnahmen unter Labour-Regierung Attlee (1945–1951)

- ◆ National Health Service (1948)
 - Verstaatlichung des Gesundheitsdiensts, kostenlose ärztliche Dienstleistungen, Finanzierung v. a. durch Steuern
- ◆ Volksversicherung (1948)
 - ◆ Einheitliche staatliche Versicherung aller typischen Risiken der Einkommensarmut
Arbeitslosigkeit, Invalidität, Alter, Mutterschaft
 - ◆ Einheitsbeiträge und -leistungen im Umlageverfahren bei geringer staatlicher Umverteilung, somit (regressive) Umverteilung bei unteren Einkommensklassen
 - ◆ Leistung 1948 19% des industriellen Durchschnittslohns, so dass 1951 22% (1972 28%) der Rentner Sozialhilfe beantragten
 - ◆ Sozialversicherung musste durch erweiterte Fürsorge unterstützt werden
1948 National Assistance Act
 - ◆ Reformen 1961/1975/1985 führten nach Einkommen gestaffelte Beiträge und Leistungen mit Umverteilung nach unten ein
Leistungen blieben aber niedrig und bedurften der Ergänzung durch betriebliche Pensionen bzw. Fürsorge
 - Die Rückführung von Fürsorgeleistungen, die einer Bedürftigkeitsprüfung unterlagen, misslang

25.11.2020

ca. 1940–1980

16

Sozialausgaben im quantitativen Vergleich

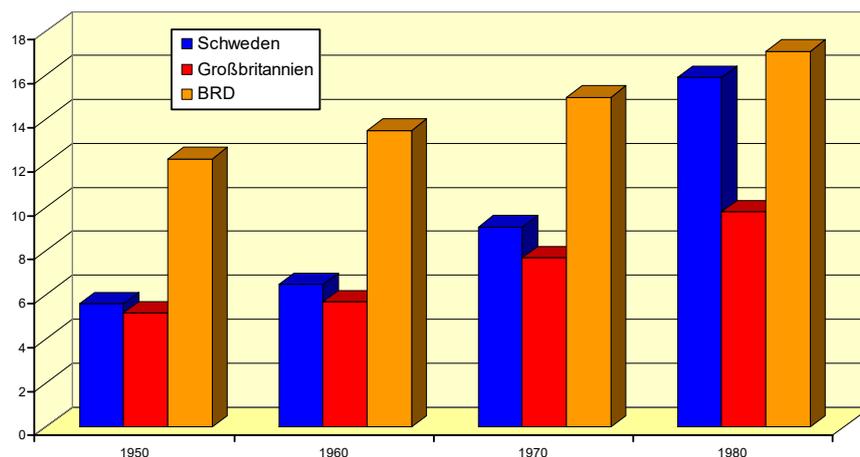
- ◆ Einkommenssicherung
 - ◆ trotz Universalität geringes Leistungsniveau in Großbritannien
 - ◆ Dominanz der Sozialpolitik durch die Sozialversicherung in BRD
 - ◆ Zunahme des Gewichts der Einkommenssicherung in Schweden aufgrund der Ausweitung der Arbeitslosenversicherung, Einführung der Elternschaftsversicherung
- ◆ Wohnen
 - ◆ Relevanz des Wiederaufbaus nach dem Zweiten Weltkrieg in BRD und GB
 - ◆ Dem Rückgang in BRD steht Entwicklung zu die Einkommenssicherung ergänzende Leistungen in Großbritannien gegenüber
- ◆ Gesundheit
 - ◆ Hohes Leistungsniveau in GB 1950; Vorsprung konnte nicht gehalten werden
- ◆ Bildung
 - ◆ In BRD niedrig wegen dualem System
 - ◆ In GB niedrig wegen Ausrichtung der Wirtschaft auf ungelernete Arbeitskräfte
 - ◆ u. a. Grund für hohe Einkommensungleichheit: Gini-Koeffizienten um 2000
 - ◆ Schweden 25, Großbritannien 36, Deutschland 28
- ◆ Soziale Dienste
 - ◆ Ausweitung in Schweden v. a. wegen aktiver Familienpolitik

25.11.2020

ca. 1940–1980

17

Staatsausgaben für Einkommenssicherung (Anteil am Bruttoinlandsprodukt)



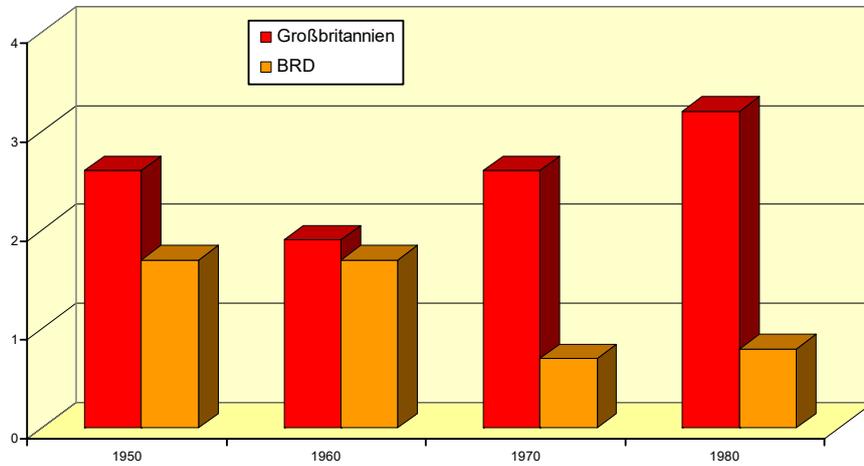
Quelle: Peter Flora (Hg.), Growth to limits: the Western European welfare states since World War II (Berlin: de Gruyter, 1987), Bd. 4, S. 42, 325, 393.

25.11.2020

ca. 1940–1980

18

Staatsausgaben für Wohnen (Anteil am Bruttoinlandsprodukt)



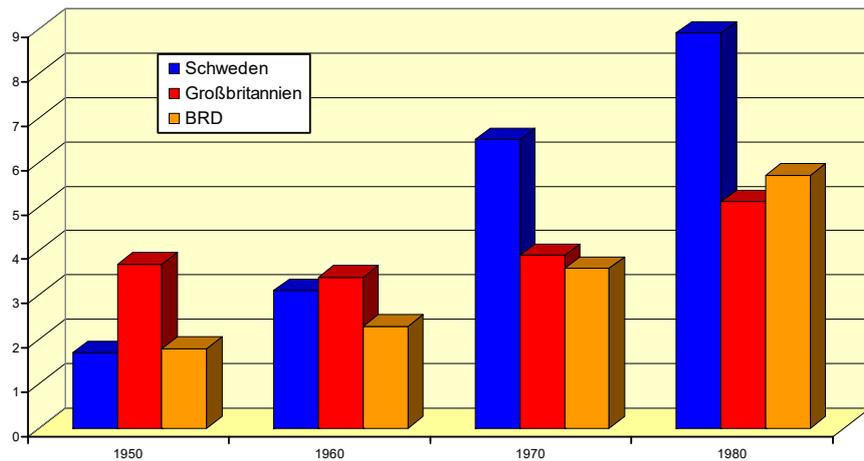
Quelle: Peter Flora (Hg.), Growth to limits: the Western European welfare states since World War II (Berlin: de Gruyter, 1987), Bd. 4, S. 42, 325, 393.

25.11.2020

ca. 1940–1980

19

Staatsausgaben für Gesundheit (Anteil am Bruttoinlandsprodukt)



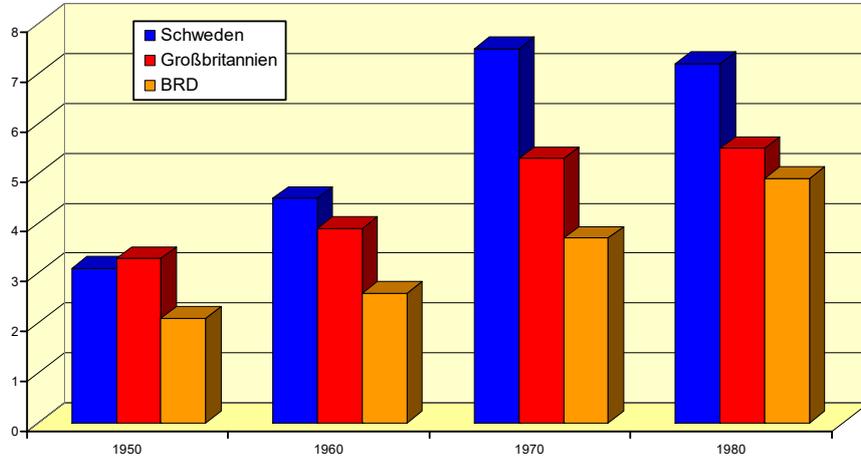
Quelle: Peter Flora (Hg.), Growth to limits: the Western European welfare states since World War II (Berlin: de Gruyter, 1987), Bd. 4, S. 42, 325, 393.

25.11.2020

ca. 1940–1980

20

Staatsausgaben für Bildung (Anteil am Bruttoinlandsprodukt)



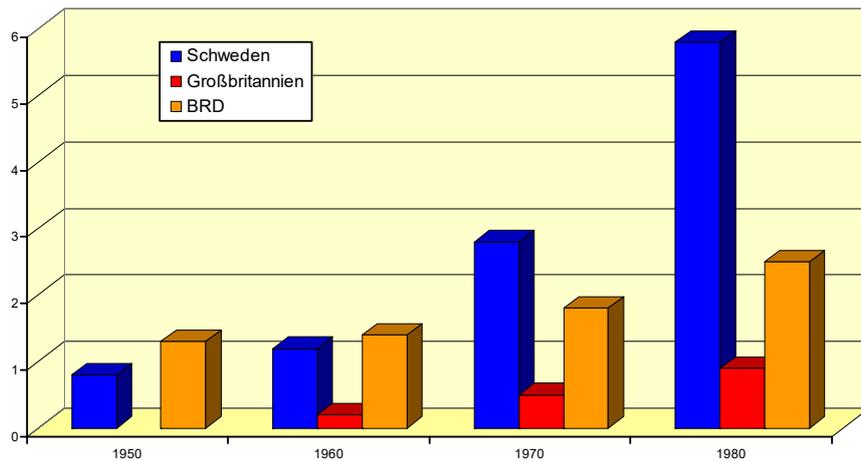
Quelle: Peter Flora (Hg.), Growth to limits: the Western European welfare states since World War II (Berlin: de Gruyter, 1987), Bd. 4, S. 42, 325, 393.

25.11.2020

ca. 1940–1980

21

Staatsausgaben für Soziale Dienste (Anteil am Bruttoinlandsprodukt)



Quelle: Peter Flora (Hg.), Growth to limits: the Western European welfare states since World War II (Berlin: de Gruyter, 1987), Bd. 4, S. 42, 325, 393.

25.11.2020

ca. 1940–1980

22

Der Sozialstaat in der frühen BRD

25.11.2020

ca. 1940–1980

23

Allgemeine Merkmale des Sozialstaats in der BRD

- ◆ Bis in die frühen 1960er Jahre im Vergleich zum restlichen Europa höchster Anteil der Sozialausgaben am BIP (ca. 14–17%) wegen
 - ◆ relativ hohem Leistungsniveau
 - ◆ seit NS-Zeit hohe Universalität der bestehenden Sozialversicherungen
 - ◆ hohen Sozialausgaben für die Bewältigung der Kriegsfolgen
 - Wohnen, Lastenausgleich für Vertriebene, Kriegsopferversorgung
- ◆ bis 1980 Zurückfallen auf den europäischen Mittelwert
 - 2. Hälfte 1970er Jahre knapp 25%
- ◆ Im europäischen Vergleich geringer Staatsanteil der Finanzierung der Sicherungssysteme (1980 28,9%)

25.11.2020

ca. 1940–1980

24

Kontext: Soziale Marktwirtschaft

- ◆ Im Unterschied zu Weimarer Republik keine Verankerung von Sozialrechten im Grundgesetz (1949)
- ◆ erst 1975 Sozialgesetzbuch
- ◆ Allerdings definiert das Grundgesetz die BRD als »demokratischen und sozialen Bundesstaat«
 - ◆ Diese Formulierung überlässt dem Gesetzgeber die Festlegung der sozialen Ausrichtung des Staats
- ◆ Kernideen der sozialen Marktwirtschaft
 - ◆ Märkte und Preisstabilität sind erforderlich, um Knappheitssignale zu generieren
 - ◆ Währungs- und Preisreformen vom Juni 1948
 - ◆ Privateigentum an Produktionsmitteln gewährleistet die effiziente Verarbeitung von Knappheitssignalen
 - ◆ Antikartellgesetzgebung verhindert Zusammenballung wirtschaftlicher Macht
 - ◆ höchstens begrenzt mit Kartellgesetz von 1957 umgesetzt
 - ◆ staatliche Sozialpolitik zwecks Ausgleichs von durch Marktkräfte verursachten Ungleichheiten, solange die Effizienz der Produktion nicht beeinträchtigt wird

25.11.2020

ca. 1940–1980

25

Sozialpartnerschaft in der BRD

- ◆ 1949 Tarifvertragsgesetz
 - ◆ Autonomie der Tarifpartner
 - ◆ Normierung von Tarifverhandlungen
 - ◆ Auf dieser Basis wachsende Abdeckung des Arbeitsmarkts durch Flächentarife
- ◆ Betriebliche Mitbestimmung
 - ◆ Einführung in der Montanindustrie 1951 (31 Unternehmen)
 - ◆ 1952 Betriebsverfassungsgesetz für die restliche Wirtschaft mit geringen Mitwirkungsmöglichkeiten
 - ◆ 1976 unter Konflikten Ausweitung der Mitbestimmung auf Großunternehmen mit >2000 Beschäftigten (1989 522 Unternehmen)
- ◆ Ausdruck der Sozialpartnerschaft in der BRD: deutlich weniger Arbeitskonflikte als 1900–1930

25.11.2020

ca. 1940–1980

26

Kernelemente der Sozialversicherung

◆ Dezentrale Organisation

Die Versicherungsträger sind parastaatliche Organisationen, die gesetzliche Leistungen durchführen

Beispiel: Rentenversicherung bis 2005: Bundesversicherung für Angestellte, Landesversicherungsanstalten für Arbeiter und Handwerker, weitere Versorgungswerke für freie Berufe (Anwälte, Mediziner) und Landwirtschaft

◆ Äquivalenz von Beiträgen und Leistungen

- ◆ Entsprechung von Beiträgen und Leistungen bei geringer staatlicher Umverteilung (bis 1989)
 - ◆ d. h. die Sozialversicherung richtet sich am versicherungspflichtigen Einkommen aus und gewährt keine Grundsicherung für jedermann
- enge Verknüpfung der sozialen Sicherung mit dem Arbeitsstatus; Erbe der Ausrichtung der deutschen Sozialpolitik an der »Arbeiterfrage«

25.11.2020

ca. 1940–1980

27

Fallbeispiel I Rentenreform von 1957

◆ Politischer Kontext

- ◆ In der zweiten Legislaturperiode des Bundestags zunehmend aktivere Sozialpolitik ab 1955 im Bundesarbeitsministerium Generalsekretariat für Sozialreform
- ◆ Die Rentenreform wurde von Adenauer als Mittel der Stimmenmobilisierung für die Unionsparteien gegen harten Widerstand seitens Arbeitgeberverbänden und Versicherungsunternehmen durchgesetzt

◆ Hauptelemente

- ◆ Erhebliche Erhöhung der Renten (durchschnittlich um 65%), um 60% des bisherigen Erwerbseinkommens zu gewährleisten
- ◆ Dynamisierung der Renten nach Maßgabe der allgemeinen Lohnentwicklung
- ◆ Angleichung der Stellung von Arbeitern und Angestellten
- ◆ Einbezug der Landwirte in die Rentenversicherung

25.11.2020

ca. 1940–1980

28

Fallbeispiel II Bundessozialhilfegesetz 1961

- ◆ Schaffung eines einklagbaren Rechts auf Unterstützungsleistungen
- ◆ Gewährung nach den Besonderheiten des Einzelfalls
→ Grundlage für die Entwicklung einer flexiblen Kasuistik
- ◆ Leistungsverbesserungen insbes. 1965, 1969, 1974
Ab den 1970er Jahren erreichten die Leistungen die Grenze zum niedrigsten
Erwerbseinkommen → de facto Aufgabe der »less eligibility«
- ◆ Ausbau der Sozialhilfe erfolgte komplementär zu den geringen
Umverteilungswirkungen der Sozialversicherung

25.11.2020

ca. 1940–1980

29

Fallbeispiel III Mutterschutz, Familienlastenausgleich

- ◆ Mutterschutzgesetz 1952
 - ◆ ... schützte erwerbstätige Frauen (Kündigungsschutz, Beschäftigungsverbote,
Lohnfortzahlung)
 - ◆ In 1960er Jahren allmähliche Ausweitung der Unterstützung auf nicht erwerbstätige
Mütter
- ◆ Kindergeld
 - ◆ 1954/55 Zunächst Wiedereinführung (zusammen mit steuerlicher Begünstigung),
aber begrenzt ab 3. Kind, sowie Abkoppelung von Erwerbstätigkeit
 - ◆ Bis 1975 Übergang zu Unterstützung ab 1. Kind und Abschaffung (sozial
regressiver) steuerlicher Kinderfreibeträge
- ◆ Ansätze zur Elternschaftsversicherung
 - ◆ 1989 Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das Familienlastenausgleich weiter
auslegte als Politik
 - ◆ In der Folge Ansätze zur Sicherung vor Risiken der Elternschaft, z. B. 1989
Berücksichtigung von Erziehungszeiten in Rentenversicherung
- ◆ Interpretation: Langsame Entwicklung der Sicherung von Elternschaft
ist Folge der an Arbeitsstatus orientierten Einkommenssicherung

25.11.2020

ca. 1940–1980

30